

INHALT

- Rückgang der Klinik-Fallzahlen durch Corona-Lockdown
- Prämien für Intensivbetten: AOK erwartet mehr Transparenz
- Studie belegt: Schulen sind kein Corona-Hot-Spot
- Deutscher EU-Ratsvorsitz: Viel Pflicht, kaum Kür
- Bund verdreifacht Ausgaben für Corona-Forschung
- Westerfellhaus: neue Lösungen für die Pflege
- Arzneimittel: Patentschutz sorgt weiter für satte Gewinne
- AOK und Apotheker starten Modelprojekt zur Grippe-schutzimpfung
- Mindestvorrat bei Schutzausrüstungen
- Hintergrund: Gesundheitsberufe besonders stark von Covid-19 betroffen

Redaktionsschluss
dieser Ausgabe:
24. Juli 2020

■ Arzneimittelrabattverträge: AOK will Liefersicherheit stärken

Die AOK hat auf Produktions- und Lieferschwierigkeiten bei Arzneimitteln insbesondere während der Corona-Pandemie reagiert. Ab sofort sind die AOK-Partner bei Arzneimittelrabattverträgen verpflichtet, Reserven für drei Monate anzulegen. Das kündigte der Vorstandsvorsitzende der AOK Baden-Württemberg, Johannes Bauernfeind, anlässlich der Ausschreibung der 24. Tranche an. „Die Corona-Pandemie zeigt überdeutlich, wie sehr die Arzneimittelversorgung in Europa von den weltweiten, krisenanfälligen Produktions- und Lieferketten der global aufgestellten Pharmaindustrie abhängig ist“, sagte Bauernfeind, der Chefverhandler für die bundesweiten Rabattverträge ist. Die AOK kündigte außerdem an, Haftungsregelungen auszubauen. Wer einen Rabattvertrag mit der AOK schließen wolle, müsse künftig sicherstellen, dass weder seine eigene Produktion noch die seiner Zulieferer die Gesundheit der Beschäftigten oder die Umwelt gefährde. „Kurz gesagt: Wer nicht liefert oder die vor Ort geltenden Arbeitsschutz- oder Umweltstandards nicht einhält, riskiert, den laufenden Vertrag unmittelbar zu verlieren und seine Chancen für künftige Ausschreibungen aufs Spiel zu setzen“, betonte Bauernfeind. Ziel sei es, ein „in dieser Form derzeit einzigartiges Steuerungsinstrument“ gezielt weiterzuentwickeln und Versorgungssicherheit auszubauen. Die 24. Tranche umfasst 120 Fachlose mit insgesamt 119 Wirkstoffen.

Infos: www.aok-bv.de

■ Patientendaten-Schutzgesetz verabschiedet

Anfang Juli hat das Parlament in 2./3. Lesung das **Gesetz zum Schutz elektronischer Patientendaten in der Telematikinfrastruktur** beschlossen. Der Bundesrat berät abschließend am 18. September. Das Gesetz ist allerdings nicht zustimmungspflichtig. Mit dem Gesetz stellt die Bundesregierung klar, dass die elektronische Patientenakte (ePA) als eine versichertengeführte elektronische Akte vorgesehen ist, deren Nutzung für die Versicherten freiwillig ist. Krankenkassen müssen ihren Versicherten ab 1. Januar 2021 eine ePA anbieten. Damit diese auch befüllt wird, erhalten Patienten zeitgleich einen Anspruch darauf, dass ihre Ärztin oder ihr Arzt, Daten in die ePA einträgt. Die Mediziner bekommen das erste Befüllen und das Verwalten der ePA bezahlt. Erst ab 2022 sollen Versicherte dann die Möglichkeit bekommen, über ihr Smartphone oder Tablet für jedes in der ePA gespeicherte Dokument einzeln zu bestimmen, wer auf welche Daten zugreifen darf. In der Bundestagsdebatte sicherte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) den Patienten „Datenschutzstandards auf höchstem Niveau“ zu.

Infos: www.bundestag.de



jetzt **auch** als
digitales Magazin

Kostenfrei alle Inhalte
der G+G lesen.
Jetzt anmelden
und keine Ausgabe mehr
verpassen.
Newsletter inklusive

www.gg-digital.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Starker Rückgang der Krankenhaus-Fallzahlen durch Corona-Lockdown

Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) hat die Fallzahl-Rückgänge bei den Krankenhaus-Behandlungen während des Lockdowns erstmals auf einer validen bundesweiten Datenbasis untersucht. Die Auswertung der Daten der 27 Millionen AOK-Versicherten zeigt, dass im März und April 2020 die Fallzahlen insgesamt um 39 Prozent gegenüber dem Vorjahres-Zeitraum zurückgegangen sind. Besonders hoch war das Minus bei planbaren, nicht dringlichen Eingriffen wie Operationen zum Arthrose-bedingten Hüftersatz (minus 79 Prozent). Allerdings zeigen sich auch starke Rückläufe bei der Behandlung lebensbedrohlicher Notfälle wie Herzinfarkten (minus 31 Prozent) und Schlaganfällen (minus 18 Prozent). Der aktuelle WIdO-Report präzisiert erste interne Auswertungen aus dem April 2020. Während der Lockdown-Phase wurden insgesamt rund 241.000 Fälle von AOK-Versicherten in deutschen Krankenhäusern behandelt. Das waren etwa 157.000 Fälle weniger als im Vorjahreszeitraum. Absolut gesehen gab es den größten Rückgang der Fallzahlen laut WIdO mit 42 Prozent (minus 27.000 Fälle) bei Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems. Der größte relative Rückgang verzeichneten mit 65 Prozent Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems (minus 22.000 Fälle). Das Ausmaß ist regional unterschiedlich und reicht von 34 Prozent in Sachsen bis zu 43 Prozent in Rheinland-Pfalz.

Infos: www.wido.de

■ Corona-Prämien für Intensivbetten: AOK erwartet mehr Transparenz

Angesichts von Unklarheiten bei der Auszahlung von Zuschüssen für Intensivbetten hat der AOK-Bundesverband von Ländern und Kliniken mehr Transparenz gefordert. Zwar sei „eine öffentliche Vorverurteilung ohne ausreichende Kenntnis der Fakten nicht angezeigt“, sagte der Krankenhausexperte im AOK-Bundesverband, Jürgen Malzahn. Gleichwohl sei ein Missbrauch in einzelnen Krankenhäusern nicht ausgeschlossen. Es gebe Hinweise darauf, dass einige Kanzleien den Kliniken rieten, so wenig wie möglich zur Aufklärung beizutragen. „Das mag legal sein – aber legitim ist es keinesfalls“, kritisierte Malzahn. Rein rechnerisch wurden über 7.000 Intensivbetten mehr bezuschusst als ans DIVI-Intensivregister gemeldet wurden. Bei 50.000 Euro pro neues Bett zur potenziellen Behandlung von Corona-Patienten summiert sich der Fehlbetrag auf etwa 360 Millionen Euro. Für die Abweichungen nennt Malzahn mehrere mögliche Ursachen. Nicht alle Intensivbetten, könnten etwa sofort betrieben werden. Zudem sei der Zweck des DIVI-Registers nicht die Kontrolle der Vergabe von Zuschüssen. Es könnten, so Malzahn, Zuschüsse für Intensivbetten beantragt worden sein, die derzeit nicht einsatzbereit sind – etwa, weil noch nicht alle Voraussetzungen bezüglich Ausstattung und Personal erfüllt seien.

Infos: www.divi.de

ZUR PERSON I



Foto: obs/SoVD
Sozialverband Deutschland

■ Murat Ham

ist seit dem 1. Juli 2020 neuer Pressesprecher und Leiter der Pressestelle des Sozialverbands Deutschland. Er ist Diplom-Politikwissenschaftler und ausgebildeter Journalist, besitzt langjährige Berufserfahrungen als Redakteur bei namhaften Print-, Online- und Funkmedien sowie als Pressesprecher und Leiter der Unternehmenskommunikation.



■ Dr. Sebastian Biedenkopf

soll spätestens zum 1. Januar 2021 neuer Vorstand von Fresenius für Recht, Compliance und Personal sowie Arbeitsdirektor werden. Er folgt in dieser Funktion auf Dr. Jürgen Götz, der Ende Juni 2020 auf eigenen Wunsch aus dem Bad Homburger Medizintechnik- und Gesundheitsunternehmen ausgeschieden ist.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Studie belegt: Schulen sind kein Hot-Spot

Nach den Sommerferien soll in den sächsischen Schulen Normalität eintreten. „Mit Beginn des Schuljahres 2020/2021 soll in allen Schularten und Jahrgangsstufen wieder der Regelbetrieb an fünf Tagen in der Woche stattfinden“, kündigte Sachsens Kultusminister Christian Piwarz an. Die Landesregierung stützt sich dabei auf das Ergebnis einer Studie, derzufolge es in sächsischen Schulen – auch mit Covid-19-Infektionsgeschehen – nicht zu einer besonderen Ausbreitung des Virus gekommen ist. Die Technische Universität Dresden und das Universitätsklinikum Carl Gustav Carus präsentierten Mitte Juli die Studienergebnisse. „Wir gehen in die Sommerferien 2020 mit einem Immunitätsstatus, der sich nicht von dem im März 2020 unterscheidet“, sagte Reinhard Berner, Infektiologe und Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin am Uniklinikum. Auf eventuell im Herbst steigende Infektionszahlen will Sachsen mit räumlich und zeitlich begrenzten Maßnahmen reagieren, nicht mit flächendeckenden Schließungen von Schulen. Nach der Sommerpause und in den Weihnachtsferien sollen Berner zufolge Schüler und Lehrer erneut getestet werden. Außerdem wolle sein Team die Lage in Kitas unter die Lupe nehmen.

Infos: www.tu-dresden.de

■ EU-Ratsvorsitz: Viel Corona-Pflicht, kaum Kür

Die Bundesrepublik hat am 1. Juli für ein halbes Jahr den EU-Ratsvorsitz von Kroatien übernommen. Das **Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft** steht ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Im Bereich Gesundheit strebt Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ein besseres gemeinsames Krisenmanagement an und will die EU-Agenturen für Krankheitskontrolle und Arzneimittelsicherheit stärken. Bei einem informellen Treffen am 16. Juli haben die EU-Gesundheitsministerinnen und -minister ihre Agenda beraten. Sie verabredeten eine engere Kooperation bei der Seuchenbekämpfung und wollen dazu das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) zu einem schlagkräftigen Reaktionszentrum ausbauen. Als weiteren Schwerpunkt nannte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn die sichere Versorgung mit Arzneimitteln. Dafür sollen finanzielle Anreize für den Erhalt und die Rückverlagerung der Wirkstoffproduktion für kritische Arzneimittel nach Europa geprüft werden. Dazu ist auch eine Veranstaltung im Begleitprogramm des Gesundheitsministeriums mit Beteiligung des AOK-Bundesverbandes im November geplant.

Infos: www.bundesgesundheitsministerium.de

KOMMENTAR

Seit Monaten streiten sich Epidemiologen, Virologen und Gesundheitspolitiker darüber, ob von einem gereglten Schulalltag eine erhöhte Gefahr ausgeht – und dies der Beginn der befürchteten zweiten Welle sein könnte. Leidtragende sind Millionen von Schülern, für die es seit Mitte März keinen Alltag mehr gibt. Während vermeintlich „systemrelevante“ Schlachtbetriebe nach dem Lockdown ganz unaufgeregt ihre Arbeit aufnehmen, mussten Schüler monatelang zuhause bleiben – auf der Basis von Mutmaßungen und Bauchgefühlen. Mittlerweile sind die Fakten bekannt. Bei Tönnies: Hunderte Corona-Fälle. In Schulen: konstant niedriges Infektionsgeschehen. Wer jetzt immer noch mahnt, die Schulen müssten geschlossen bleiben, sollte nochmal daran erinnert werden: In Deutschland gilt nach wie vor die Schulpflicht. (omü)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Bund verdreifacht Ausgaben für Corona-Forschung

Die Bundesregierung hat die Fördermittel zur Erforschung des Coronavirus auf 45 Millionen Euro aufgestockt. Ursprünglich waren 15 Millionen Euro eingeplant. „Die Biologie des Virus und seine Verbreitungswege noch besser zu verstehen, ist der Schlüssel für wirksame Therapien und weitere mögliche Maßnahmen zur Eindämmung des Virus“, erklärte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek. Das Geld fließt in knapp 90 Projekte, die sich mit Grundlagenforschung, klinischen Studien sowie Analysen ethischer, rechtlicher und sozialer Fragestellungen im Zusammenhang mit der Pandemie beschäftigen. Als Beispiel nannte die Ministerin unter anderem die klinische Studie „Recover“ der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Die Studie untersucht die Wirksamkeit der Behandlung von Covid-19-Patienten mit Blutplasma von Menschen, die eine Covid-19-Infektion überstanden und Antikörper gegen Sars-CoV-2 gebildet haben. Die Förderung ergänzt damit die bereits laufende Unterstützung des Ministeriums zur Impfstoffentwicklung und Stärkung der Universitätsmedizin. Noch nie sei in Deutschland soviel Geld in so kurzer Zeit für die Erforschung eines einzigen Forschungsthemas mobilisiert worden, betonte Karliczek. Mittlerweile seien es mehr als eine Milliarde Euro. Für den Förderaufruf von Anfang März galten besondere Bedingungen, so dass die ersten Projekte bereits im April starten konnten. Insgesamt wurden über 500 Projektideen eingereicht und von einem Expertengremium begutachtet.

Infos: www.bmbf.de

■ Westerfellhaus: neue Lösungen für die Pflege

Der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, fordert Konsequenzen aus der Corona-Krise für den Pflegesektor. So bräuchten Pflegekräfte „nicht nur Applaus oder einmalige Pflegeboni, sondern vor allem eine flächendeckend attraktive Entlohnung mindestens auf Tarifniveau und optimale und familienfreundliche Arbeitsbedingungen“. Er bezeichnete es als beschämend, dass so viele Arbeitgeber in der Langzeitpflege und in den Kliniken sich da nicht bewegen wollten. Die Sozialpartner müssten sich endlich auf einen Tarifvertrag einigen, der sich auf die gesamte Langzeitpflege erstrecken könne, forderte der Staatssekretär. Neben attraktiven Löhnen sollten dort zeitgemäße Arbeitszeitmodelle vorgesehen werden. Weiter forderte Westerfellhaus mehr Flexibilität und Unterstützung für die häusliche Pflege. Nahezu alle Leistungen bei häuslicher Pflege sollten in zwei flexibel abrufbaren Budgets, dem Pflege- und Entlastungsbudget, zusammengefasst werden. Westerfellhaus bezeichnete es zudem als unerlässlich, dass besondere Besuchskonzepte in Zeiten einer Pandemie nur unter Beteiligung der Bewohnervertretungen von Pflegeheimen umgesetzt würden. Die Pandemie habe zudem ins Bewusstsein gerückt, dass eine gute interprofessionelle Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe notwendig sei, um eine optimale Versorgung der Patienten und Pflegebedürftigen auch in Krisenzeiten sicherzustellen.

Infos: www.pflegebevollmaechtigter.de

ZUR PERSON II



■ **Fabia Kehren**
verstärkt seit Anfang Juni 2020 als Head External Communications and Editorial Management das Pharmaunternehmen Grünenthal. In der neu geschaffenen Position verantwortet sie die externe Kommunikation und die Redaktionsplanung aller internen und externen Kanäle der globalen Unternehmenskommunikation.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Arzneimittel: Patentschutz sorgt weiter für satte Gewinne

21,0 Milliarden Euro haben die Krankenkassen 2019 für patentgeschützte Arzneimittel ausgegeben. Das zeigt ein aktueller Bericht des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) zum GKV-Arzneimittelmarkt. Damit erreichen diese Ausgaben einen neuen Rekordwert und umfassen knapp die Hälfte der gesamten Arzneimittelkosten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Höhe von 43,9 Milliarden Euro. Dabei machen diese Medikamente gerade einmal 6,5 Prozent der Versorgung aus. Die Gewinnmargen der umsatzstärksten Unternehmen erreichten laut WIdO 2019 weltweit im Schnitt 24,7 Prozent und nahmen damit im Ranking der Branchen den Spitzenplatz ein. „Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird die Entwicklung der Preise für die Finanzen der gesetzlichen Krankenkassen in Zukunft noch bedrohlicher“, sagte Helmut Schröder, stellvertretender Geschäftsführer des WIdO.

Infos: www.wido.de

■ Spendenmarathon bringt knapp 16 Milliarden für die Coronaforschung

Durch den von der EU-Kommission und der Nichtregierungsorganisation Global Citizen veranstalteten Spendengipfel und durch das Konzert „Global Goal: Unite for our Future“ sind am 28. Juni weitere 6,15 Milliarden Euro für die Eindämmung des Corona-Virus und für die Forschung und Herstellung eines Impfstoffs zusammengekommen. Damit hat der von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 4. Mai gestartete Spendenmarathon eine Gesamtsumme von 15,9 Milliarden Euro ergeben. Davon wurden 11,9 Milliarden von den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, der Kommission und der Europäischen Investitionsbank zugesagt. Deutschland beteiligt sich mit 525 Millionen Euro.

Infos: <https://global-response.europa.eu>

■ Gripeschutz: AOK und Apotheker starten bundesweit erstes Modellprojekt

Die AOK Rheinland/Hamburg und der Apothekerverband Nordrhein (AVNR) haben sich auf ein Modellvorhaben zur Gripeschutzimpfung in Apotheken in der Region Nordrhein geeinigt. Im Rahmen dieses bundesweit ersten vertraglich vereinbarten Projektes dieser Art sollen Impfungen in den Apotheken mit Beginn der kommenden Grippesaison im Herbst ergänzend zu den Grippeimpfungen in den Arztpraxen durchgeführt werden. Das Modellvorhaben läuft über einen Zeitraum von drei Jahren und wird nach allgemein anerkannten wissenschaftlichen Standards begleitet und ausgewertet.

Infos: www.aok.de

Vorschau

G+G | 07-08/2020

Gesundheit und Gesellschaft

Schloss vor die Patientendaten

Die Digitalisierung schreitet voran. Wie sich Ärzte und Kliniken gegen illegale Zugriffe wappnen können, um die sensiblen Daten zu schützen, beschreiben Wolfgang Hommel und Michael Steinke.

Ein Garten für die Seele

Soziotherapeutin Hede Schröder unterstützt psychisch Kranke beim Behördengang oder Rentenantrag. Auch Gartenarbeit ist Teil ihres therapeutischen Angebots. Ralf Ruhl und Peter Heller habe sie begleitet.

Kein Weiter So im Medizinbetrieb

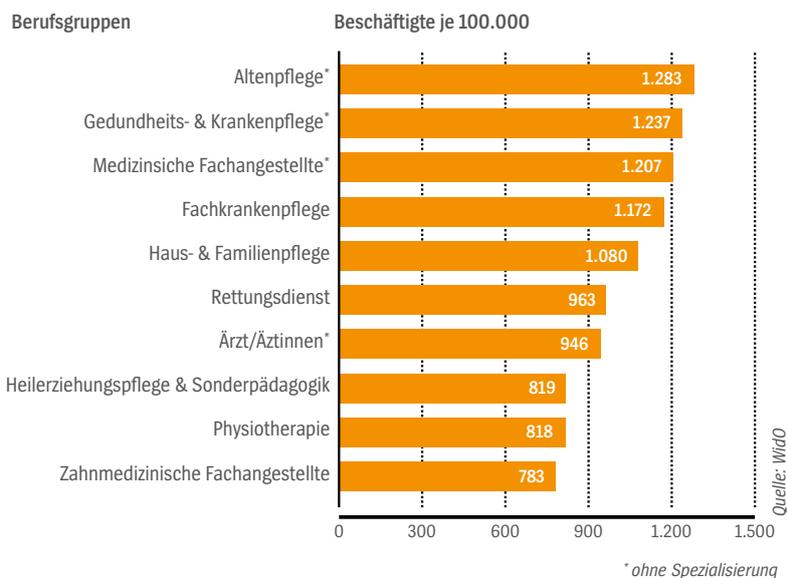
Die Corona-Pandemie hat vor Augen geführt, woran das hiesige Gesundheitswesen krankt. Sie überdeckt zugleich seit Langem bekannte Schwachstellen. Hartmut Reiners deckt sie auf.

G+G | 2/2020

Wissenschaft

Datennutzung im Gesundheitswesen ist der Schwerpunkt der neuen Ausgabe. Dabei geht es insbesondere um die Regeln im Umgang mit Daten im Zuge der Digitalisierung.

Berufsgruppen mit den höchsten Fehlzeiten im Zusammenhang mit Covid-19 (März bis Mai 2020)



Beschäftigte aus den Gesundheitsberufen waren insbesondere bis Mai 2020 vergleichsweise häufig von Fehlzeiten im Zusammenhang mit Covid-19 betroffen. Die höchsten Raten wurden mit 1.283 Betroffenen je 100.000 Beschäftigte in den Berufen der Altenpflege sowie in der Gesundheits- und Krankenpflege (1.237 Betroffene je 100.000 Beschäftigte) erreicht. Mehr dazu im Hintergrund ab Seite 7.

■ Mindestvorrat bei Schutzausrüstungen

Deutschland setzt bei der Beschaffung von Schutzmaterialien aus dem Gesundheitssektor weiter auf den Welthandel. Eine vollständige nationale Selbstversorgung werde bei der Vielzahl der Produkte nicht angestrebt, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Künftige Pandemien könnten auch andere Schutzmaterialien erfordern als jene, die derzeit erforderlich seien. Die Sicherstellung einer ausreichenden Verfügbarkeit medizinischer Schutzausrüstung bleibe ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. So habe das Bundeskabinett etwa im Juni den Aufbau einer „Nationalen Reserve Gesundheitsschutz“ beschlossen. Im Wege von Warenbevorratung sowie Vorhalten von Produktionskapazitäten und Warenneuproduktion soll sie den Bedarf des Gesundheitssektors und des Bundes für bis zu sechs Monate decken und humanitäre Hilfe mit Schutzausstattung an die Weltgesundheitsorganisation und Drittstaaten ermöglichen. Neben dem Aufbau der Mindestbevorratung prüfe die Bundesregierung auch den Aufbau von Produktionskapazitäten zum Aufbau einer Reserve an geeigneten Atemschutzmasken für Wirtschaft und Bevölkerung.

Infos: dipbt.bundestag.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

«BLICKPUNKT HINTERGRUND»

■ Gesundheitsberufe besonders stark von Covid-19 betroffen

Eine Analyse der Arbeitsunfähigkeitsdaten der AOK-Mitglieder durch das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) zeigt, dass in diesem Zeitraum 1.283 je 100.000 Beschäftigte in der Altenpflege im Zusammenhang mit Covid-19 an ihrem Arbeitsplatz gefehlt haben. Damit liegt die Betroffenheit dieser Pflegekräfte mehr als das 2,5fache über dem Durchschnittswert von 474 Krankheitsfällen je 100.000 AOK-versicherte Beschäftigte. Gleichzeitig gab es bei Beschäftigten in der Altenpflege auch häufiger Krankenhausbehandlungen im Zusammenhang mit Covid-19: Je 100.000 Beschäftigte in der Altenpflege wurden 157 Personen mit dieser Diagnose in einer Klinik behandelt – der Vergleichswert aller AOK-Mitglieder liegt bei 91 je 100.000 Beschäftigten.

„Bestimmte Beschäftigtengruppen, die auch in Pandemiezeiten weiter zur Arbeit gegangen sind, scheinen stärker von Covid-19 betroffen zu sein. Dies sind vor allem Berufe mit Kontakt zu anderen Menschen“, bilanziert Helmut Schröder, stellvertretender Geschäftsführer des WIdO. Es müsse abgewartet werden, ob sich die Unterschiede zwischen Berufsgruppen durch Infektionsherde in einzelnen Betrieben wie etwa der Fleischindustrie in den kommenden Wochen und Monaten noch deutlicher abzeichneten.

Insgesamt bescheinigten Ärzte circa 55.000 Beschäftigten der 11,6 Millionen AOK-versicherten Erwerbstätigen von März bis Mai 2020 eine Arbeitsunfähigkeit im Zusammenhang mit einer Covid-19-Diagnose. Das entspricht 474 je 100.000 AOK-versicherte Beschäftigte oder 0,5 Prozent. Dabei waren Frauen häufiger (0,6 Prozent) betroffen als Männer (0,4 Prozent). Unter den jüngeren Beschäftigten bis zu 20 Jahren waren Krankmeldungen mit Bezug zu Covid-19 am häufigsten (0,7 Prozent), bei den 30- bis 39-jährigen Erwerbstätigen am seltensten (0,4 Prozent). Bei mehr als drei Viertel der betroffenen Beschäftigten wurde der gesicherte Nachweis des SARS-CoV-2 auf der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung dokumentiert (78,7 Prozent).

» Tätigkeiten im Homeoffice oder im Freien seltener betroffen

Die niedrigsten krankheitsbedingten Fehlzeiten im Zusammenhang mit Covid-19 zeigen sich bei den Berufen in der Hochschule (110 je 100.000 Beschäftigte) und in der Landwirtschaft (121 je 100.000 Beschäftigte). Fehlzeiten im Zusammenhang mit Covid-19 sind laut Untersuchung bei Berufen wahrscheinlicher, in denen die Beschäftigten trotz Lockdowns mit einer Vielzahl von Menschen in Kontakt kommen. Tätigkeiten, die eher im Homeoffice oder in der freien Natur ausgeübt werden, bergen dagegen ein niedrigeres Infektionsrisiko. Berufe mit häufigen zwischenmenschlichen Kontakten, die aufgrund der präventiven Maßnahmen zu einer Reduzierung der Kontakte gezwungen waren oder ihren Beruf nicht ausüben konnten, hatten ein deutlich reduziertes Risiko zu erkranken. Hierzu zählen beispielsweise Berufe in der

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

Gastronomie (208 Betroffene je 100.000 Beschäftigte) oder im Kosmetikgewerbe (177 Betroffene je 100.000 Beschäftigte).

» Regionale Hotspots spiegeln sich auch in den AU-Daten

Regionale Unterschiede im Covid-19-Infektionsgeschehen spiegeln sich auch im Arbeitsunfähigkeitsgeschehen wider. Besonders von der Ausbreitung des Virus betroffene Regionen wie der Landkreis Heinsberg, der Hohenlohekreis, Rosenheim oder der Kreis Rosenheim belegen erwartungsgemäß auch bei den AU-Quoten die Spitzenplätze. Im Kreis Heinsberg wurden 2,2 Prozent und im Hohenlohekreis 2,1 Prozent der AOK-versicherten Erwerbstätigen eine Arbeitsunfähigkeit im Zusammenhang mit Covid-19 bescheinigt.

Regionen wie Cottbus mit einer AU-Quote von 0,03 Prozent oder Dessau-Roßlau mit 0,06 Prozent zeigten hingegen nur einen Bruchteil an Corona-bedingten Fehlzeiten im Vergleich zu den regionalen Hotspots. Der Kreis Gütersloh lag bis Mai 2020 mit einer AU-Quote von 0,42 Prozent noch unter dem bundesweiten Durchschnitt (0,5 Prozent).

» Krankenhausaufenthalte eher bei Älteren

Insgesamt wurden von März bis Mai 2020 circa 10.500 AOK-versicherte Erwerbstätige im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 in einem Krankenhaus behandelt. Das entspricht 91 Betroffenen je 100.000 AOK-versicherte Beschäftigte. Die durchschnittliche Behandlungsdauer dieser hospitalisierten Beschäftigten lag bei etwa sieben Tagen.

Die Daten zeigen, dass von einem möglichen schweren Covid-19-Verlauf eher die älteren Erwerbstätigen betroffen sind als die jüngeren: Von 100.000 Beschäftigten über 60 Jahren wurden 168 stationär behandelt, während der Vergleichswert der jüngeren Beschäftigten unter 20 Jahren bei weniger als einem Drittel liegt (51 je 100.000 Beschäftigte). Mit 173 Krankenhauseinweisungen je 100.000 AOK-versicherten Beschäftigten belegen die Berufe in der Fleischindustrie den Spitzenplatz. „Es besteht Forschungsbedarf bei der Antwort auf die Frage, ob ein schwerer Covid-19-Verlauf, der mit einer stationären Behandlung verbunden ist, von der beruflichen Tätigkeit beeinflusst wird oder doch eher vom Lebensalter und von den Vorerkrankungen der betroffenen Patienten“ sagt WIdO-Vize Helmut Schröder.

» Krankmeldungen wegen leichter Erkältungskrankheiten über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre

Die Daten zeigen auch, wie sich die Regelung zur telefonischen Krankschreibung bei leichten Erkältungskrankheiten – ohne Covid-19-Verdacht – ausgewirkt hat. Die Sonderregelung zur telefonischen Krankschreibung bei leichten Erkrankungen der oberen Atemwege galt bundesweit vom 9. März bis zum 31. Mai 2020. Der Anteil der Atemwegserkrankungen an allen Diagnosen lag im März 2020 knapp drei Prozentpunkte und im April dieses Jahres etwa zwei Prozentpunkte über dem jeweiligen Monatsdurchschnitt der letzten fünf Jahre. „Dies spricht für einen verantwortungsvollen Umgang von Ärzteschaft und Beschäftigten mit der temporären Regelung zur telefonischen Krankschreibung“, so Schröder.

Infos: www.wido.de